„Der Courier"

Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Elmann
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Für Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .35
Für's Ausland:	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Deutsche Arbeit!

Deutsche Arbeit, mutig weiter,
Kämpfe für dein Heimatrecht!
Sieh! es wächst die Zahl der Streiter
Und schon neigt sich das Gefecht.
Webstuhl sause, Amboß sprühe,
Segenspendend fort und fort!
Deutsche Arbeit wachse, blühe:
Deutschen Reiches Grund und Hort.

Emil Scherenberg.

Reine Hände und saubere Weste!

Auch in der Politik.

Die fähigste und tüchtigste Regierung kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn sie nicht das Vertrauen des Volkes besitzt. Es ist heute nicht mehr wie in alten Zeiten, daß einer oder einige hervorragende Männer befehlen und die „Untertanen" blindlings gehorchen. Wohl fehlt noch viel an der politischen Reife der einzelnen Völker, aber dennoch ist seit dem Weltkriege das Interesse an politischen Angelegenheiten allgemeiner und weit lebendiger als ehedem. Auch der einfache Mann sucht, soweit es ihm eben möglich, sich ein Urteil über Fähigkeit oder Unfähigkeit, über Ehrlichkeit oder Unehrlichkeit der Abgeordneten und Minister zu bilden. Wer kann es ihm verargen oder gar erschweren? Wir leben nun einmal im Zeitalter der Demokratie mit ihren Licht- und Schattenseiten. Die Inder in Asien, ja sogar die Neger in Afrika sind nicht mehr die politischen Kinder von 1913/14. Auch sie sind sich ihrer politischen Menschenrechte unter den Einwirkungen des Weltkrieges bewußt geworden.

Um wie viel mehr gilt das von den Männern und Frauen der weißen Rasse! Sie erwarten und verlangen von ihren Regierungen ernste, uneigennützige Arbeit im Dienste des betreffenden Volkes. Sie erwarten vor allem von jedem politischen Führer „reine Hände und saubere Weste". Diese Forderung entspringt dem gesunden Sinne des Volkes, das sich mit vollem Recht sagt, daß die Männer seines Vertrauens nicht zu ihrer Bereicherung und nicht zu ihren persönlichen Vorteilen, sondern nur als Hüter und Pfleger des Gemeinwohls auf Ehrenposten berufen wurden. Nichts erbittert und erregt so sehr die Volksseele, als wenn schmutzige Hände, an denen unehrlich erworbenes Geld klebt, in der Politik herumwühlen. Nichts ist dem einfachen Manne so verhaßt, als wenn ein Staatsmann auf Kosten des schwer arbeitenden Volkes sich die Taschen füllt.

Das ist es aber, was gerade in den Ver. Staaten die schlimmste Wirkungen gezeitigt hat. Dort jagt ein Skandal den anderen, ein Parteiführer und ein Staatsmann nach dem anderen wird als Betrüger oder als dessen Helfershelfer entlarvt. Die schmutzigsten persönlichen Geschäfte wurden ohne jegliche Rücksicht auf Staatsinteressen und Volkswohl ausgeführt. Dabei darf man noch froh und dankbar sein, daß es noch Männer gibt, die diese Schmarotzer der menschlichen Gesellschaft an den Pranger stellen und ihre Schandtaten aufdecken. Dazu gehört ein gewisser Mut und ein gewisses Gefühl für politische Sittlichkeit, das leider vielen abhanden gekommen ist.

Doch auch in unserem Canada und zwar in Ontario sind, wie der Courier mitgeteilt hat, üble Dinge enthüllt worden. Die angestellten Untersuchungen haben zur Genüge gezeigt, daß auch hier manche Leute in die Fußtapfen ihrer amerikanischen Kollegen getreten sind. Zwar ist es nicht ganz so schlimm wie jenseits der internationalen Linie, aber es sollte für uns Canadier genügen, um unsererseits die Forderung nach reinen Händen und sauberer Weste zu erheben. Wir wollen nicht, daß ein Südwind in unser Land die Pestkeime der politischen Korruption hereinträgt. Wir wollen nicht, daß sich auch hier ein Sumpf von politischen Skandalen auftut, weil uns unser canadisches Land und unser canadisches Volk dafür zu gut sind. Man könnte einwenden: Was geht es uns in Saskatchewan, Alberta oder Manitoba an, wenn in Ontario einige Politiker im Trüben gefischt haben? Darauf sagen wir: Es handelt sich auch bei solchen Provinzangelegenheiten von Ontario um die Ehre und den guten Namen des ganzen Canada, das sich aus den verschiedenen Provinzen zusammensetzt.

Eines sollte bei dieser Frage nicht übersehen werden, daß nämlich der Sumpfboden der politischen Verderbtheit zugleich der beste Nährboden für Bolschewismus und Radikalismus ist, wonach gute Staatsbürger und vernünftige Staatsmänner gewiß kein Verlangen haben. In den Ver. Staaten ist die bolschewistische Welle bereits stärker als viele ahnen und wünschen. Canada wird diesem schleichenden Gifte, das in der Menschheit verheerend und zersetzend wirkt, widerstehen, wenn es nicht sich selbst vergiftet.

Verbrecher herrschen in Moskau

Erklärt die Amerikanerin Emma Goldmann.

Mehrere hundert kommunistische Radaumacher sprengten in Berlin eine öffentliche Protestversammlung, die von Emma Goldmann und Alexander Berkmann, den beiden amerikanischen Anarchisten, im Interesse der eingekerkerten nichtkommunistischen Revolutionäre in Rußland einberufen war. Ungeachtet ihres den deutschen Behörden gegebenen Versprechens, daß sie während ihres Aufenthaltes in Berlin jede politische Betätigung einstellen werde, hatte sich Emma Goldmann bereit gefunden, in einem öffentlichen Appell für die Freilassung aller radikalen Gegner der Sowjetregierung, die im Gefängnis schmachten, unter diesen Maria Spiridinowa, die Sozialrevolutionärin, einzutreten. In der Versammlung vermochte Emma Goldmann ihre Ansprache nicht zu Ende zu führen, ihre Worte wurden unterbrochen von lärmenden Kundgebungen der Kommunisten, denen es schließlich gelang, die Versammlung zu sprengen und eine eigene Zusammenkunft abzuhalten, in deren Verlauf Emma Goldmann auf der Rednerbühne blieb, aber keinen Versuch machte, ihre Ansprache fortzusetzen. In ihrem Appell um Freilassung der nichtkommunistischen Gefangenen in Rußland verurteilte sie die Sowjetregierung und unterbreitete die folgende Resolution:

„Es ist an der Zeit, den Verbrechern, die Rußland beherrschen, die Maske abzureißen. Es ist unsere höchste Pflicht, die Tatsachen von dem Charakter der Kommunisten-Regierung lebendig vorzuführen, sodaß das Proletariat eines jeden Landes die Wahrheit erfahren möge. Es ist an der Zeit, die gefährliche Sage von dem revolutionären Charakter und dem Idealismus der russischen Regierung ein für allemal bloßzustellen und sie in ihren wirklichen Bourgeois-Farben darzustellen."

Um den neuen Reparationsplan

Frankreich und Belgien haben sich geeinigt.

In der zwischen den Premiers Poincare von Frankreich und Theunis von Belgien stattgefundenen Konferenz, in der der belgische Delegat der Reparationskommission, Hymans, Marschall Foch, Paul Tirard, der Präsident der internationalen Rheinland-Kommission, sowie der französische Finanzminister Francois Marsal zugegen waren, wurde eine Vereinbarung über die Strafmaßnahmen getroffen, die in Anwendung kommen sollen, falls Deutschland nach Annahme des Dawes-Planes, den Bedingungen nicht nachkommen sollte. In amtlichen Kreisen wird erklärt, daß die Belgier der Ansicht Poincares zustimmten, daß ein Abkommen über die Anwendung von Zwangsmaßnahmen getroffen werden müsse, bevor die Franzosen und Belgier die von ihnen jetzt kontrollierten produktiven Pfänder im Ruhrgebiet aufgeben. Man einigte sich, daß Frankreich und Belgien getrennt versuchen sollen, mit Großbritannien zu einer Verständigung zu gelangen, worauf in einer allgemeinen Konferenz eine endgültige Abmachung abgeschlossen werden soll.

Premier Theunis und der belgische Außenminister Hymans werden sich demnächst nach Mailand zu einer Zusammenkunft mit Mussolini begeben, die von letzterem angeregt wurde.

Die Reichsregierung erwartet, daß die nächste Note der Reparationskommission den Weg zu Unterhandlungen zwischen den Kabinetten von London, Brüssel, Paris und Rom ebnen werde, obgleich Poincare an dem Standpunkt festhält, daß Frankreich und Belgien keine Verpflichtungen zu weiteren Unterhandlungen eingehen sollen, solange nicht gewiß sei, wie der endgültige Beschluß der Reparationskommission lauten werde. Die Reparationskommission legt wohl auf die Vorbesprechungen zwischen den Vertretern der alliierten Regierungen viel Gewicht, doch ist man besorgt, daß sich die Konferenzen über einen zu langen Zeitraum erstrecken könnten. Eine rasche Erledigung dieser Vorkonferenzen wird schon deshalb für notwendig gehalten, damit die mit der wirtschaftlichen Ausbeutung des Ruhrgebietes verbundenen Kosten nicht inzwischen zu sehr anwachsen, wodurch die dem Bericht der Sachverständigen zu Grunde liegenden statistischen Daten wesentlich geändert würden.

Wie von Paris gemeldet wird, ist die Antwort auf die Frage, wann die von den Sachverständigen empfohlene Beendigung der wirtschaftlichen Ausbeutung des Ruhrgebietes seitens der Franzosen und Belgier erfolgen werde, jetzt so unsicher wie je vorher. Die Briten drängen auf eine rasche Erledigung dieser Frage, obwohl sie in den letzten Tagen sich den Wünschen der Franzosen und Belgier in dieser Hinsicht entgegenkommender zeigen, als in den letzten Wochen.

Die Reparationskommission wurde von der Reichsregierung verständigt, daß der Untersekretär des Eisenbahnministeriums Vogt und der Untersekretär des Finanzministeriums Bergmann Deutschland an dem im Dawes-Bericht vorgeschlagenen Organisationskomitee für die deutschen Bahnen repräsentieren werden. Der frühere Ausfuhrkommissär Trendelenburg und Geheimrat Buecher, ein Mitglied des Verbandes der deutschen Industriellen, wurden von der Regierung als Vertreter Deutschlands am Komitee industrieller Verpflichtungen ernannt.

Rußland verbietet Einwanderung

Wahrscheinlich eine Antwort auf die Einwanderungsbeschränkungen der Ver. Staaten.

Die russische Sowjetregierung ist, wie in den amtlichen Zeitungen ausgeführt wird, der Ansicht, daß einige der im amerikanischen Einwanderungsgesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen sich nicht so sehr gegen die südeuropäischen Völker, sondern vielmehr gegen Rußland richten, und kurz entschlossen hat daher das Zentral-Exekutivkomitee Sowjetrußlands die unbeschränkte Einwanderung aus allen Ländern verboten.

Das Moskauer Regierungsblatt schreibt hierüber:

„Das soeben erlassene Verbot der Einwanderung in das Gebiet Sowjetrußlands ist besonders gegen Amerikaner gerichtet, die nach Rußland kommen, um dort verantwortliche Posten für ihre revolutionäre Tätigkeit in Amerika zu erhalten, ohne daß jedoch in dieser Hinsicht irgend welcher Erfolg zu verzeichnen ist. Man lasse diese sogenannten Revolutionäre in Amerika, wo sie aus eigenen Kräften versuchen sollen, für ihre Ideen zu wirken, wenn es ihnen ernst darum ist."

Die amtliche Verordnung erklärt, daß während einer Gruppe von amerikanischen Auswanderern, die in Konstantinopel angelangt sind, noch die Erlaubnis gegeben werden wird, nach Rußland einzuwandern, bis auf weiteres wegen der in dem Sowjetstaate herrschenden Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und wegen Nahrungsmangels, allen Personen, welche Rußland zu dauerndem Aufenthalt betreten wollen, der Einlaß verwehrt werden wird.

Die neue amerikanische Einwanderungsvorlage hat in Rußland und den baltischen Randstaaten Bestürzung hervorgerufen. In Riga warten genug russische Juden, um Rußlands Jahresquote unter dem neuen Gesetz zu erschöpfen, während Tausende Juden aus Polen und Rumänien Ende Juni nach den Ver. Staaten fahren wollen, um gleich am Beginn des neuen Rechnungsjahres einzuwandern.

Die neue amerikanische Vorlage zwingt die Dampfschiffsgesellschaften, das vorausbezahlte Fahrgeld für Emigranten, die nicht zugelassen werden, an die amerikanischen Verwandten derselben zurückzuzahlen. Der Gesamtbetrag der für Polen, Litauen, Russen und Lettland vorausbezahlten Passagegelder beläuft sich auf mehr als $40,000,000, während man hier glaubt, daß die Vorauszahlungen in Italien, Griechenland, Rumänien, Armenien und anderen Ländern des südöstlichen Europa ebenso hoch sind.

Die an Rußland grenzenden Länder sind durch die neuen amerikanischen Einwanderungs-Bestimmungen in eine üble Lage versetzt worden, indem sie Tausenden von Russen Einlaß gewährt haben in der Erwartung, daß dieselben nach Amerika auswandern würden. Während des letzten Winters sind Polen, Rumänien, Litauen und Lettland mit Juden aus Rußland überflutet worden, und die Regierungen dieser Länder sind nun vor die Frage gestellt, diese Auswanderer einzubürgern oder zu deportieren. Regierungsbeamte erklären, daß dieselben deportiert werden würden.

Der frühere Kaiser Wilhelm gegen Wilson

Warum Wilhelm II. nach Holland geflohen ist.

In einem von Oberstleutnant Nilmann verfaßten und soeben veröffentlichten Buche wurden einige Unterredungen des Autors mit dem früheren Kaiser Wilhelm wiedergegeben. Oberstleutnant Nilmann war während des Weltkrieges dem großen Hauptquartier zugeteilt und begleitete den Kaiser auf der Flucht nach Holland.

Nilmann erzählt, der frühere Kaiser habe einmal bemerkt, es sei ihm von Beginn des Krieges an klar gewesen, daß Präsident Wilson es auf Deutschlands Vernichtung abgesehen hatte und daß er nur einen geeigneten Zeitpunkt abwartete, um an der Seite der Alliierten in den Krieg einzutreten.

Ueber seine Flucht nach Holland soll sich der Kaiser folgendermaßen geäußert haben: „Ich war bereit, den inneren Feind zu bekämpfen, als die Revolution ausbrach, aber ich fand mich von den Führern der Armee selbst verlassen. Viele Leute meinen, daß ich den Tod auf dem Schlachtfelde hätte suchen sollen aber ich glaube, daß eine solche Versuchung Gottes oder die Verübung des Selbstmordes ein moralisches Unrecht gewesen wäre. Ich wollte nicht ruhig zusehen, wie Deutschland in einem Kampfe zwischen Deutschen gegen Deutschen zerrissen worden wäre und ich verließ lieber das Land, als bei der Entwicklung der Dinge im Vaterlande im Wege zu stehen. Ich sehe jetzt ein, daß mein Opfer nicht die gewünschte Wirkung hatte, für Deutschland bessere Verhältnisse zu schaffen; aber ich denke, daß die Geschichte meine Handlungsweise rechtfertigen wird. Die Tradition und die Zukunft meiner Dynastie hätten den hypokritischen Phrasen des vorgeblichen Pazifisten Wilson nicht geopfert werden sollen. Ich habe mein Land nicht gedankenlos, sondern nur nach sorgfältiger Erwägung aller Umstände verlassen und damit meiner geliebten Armee und meinem übelberatenden Vaterlande gegenüber meine Pflicht getan."

Weltumschau

Deutschland.

Als die letzten Landtagswahlen in Bayern stattgefunden hatten, verkündeten so manche deutsch-amerikanischen Blätter unter Triumphgeheul einen großen Sieg der Deutschvölkischen unter Ludendorff und Hitler. Wie es in Wirklichkeit mit diesem „Sieg" steht, geht aus den nun veröffentlichten Wahlziffern hervor. Die entsprechenden Zahlen für die bayerische Rheinpfalz, die zum besetzten Gebiet gehört, fehlen noch, weil dort erst am 4. Mai zu gleicher Zeit für den bayerischen Landtag und den deutschen Reichstag gewählt wurde. Im rechtsrheinischen Bayern erzielten:

die **Deutschvölkischen** (Ludendorff-Partei), die zum ersten Male sich an einer Wahl beteiligten, 491,862 Stimmen,

die christliche **Bayerische Volkspartei** 919,587 Stimmen, verlor aber gegenüber 1920 (damals waren es 1,075,693) 14 Prozent, wovon wohl viel der fortschrittlichen **Christlich-Sozialen** Volkspartei zugefallen ist,

die **Demokraten** 73,818 Stimmen gegenüber 207,000 im Jahre 1920,

die **Deutsche Volkspartei** 5,635

die **Nationalliberale Landpartei** 29,416,

der **Bayer. Bauernbund** 207,422 gegenüber 302,434 im Jahre 1919,

die **Sozialdemokratie** 433,821 gegenüber 745,000 im Jahre 1920.

die Kommunisten 203,027, die im Jahre 1920 nur 51,602 Stimmen aufgebracht hatten, also ihre Stimmenzahl vervierfacht haben,

die deutschnationale **Bayer. Mittelpartei** 197,509 gegenüber 401,936 im Jahre 1920.

Das ist das Wahlergebnis der bayerischen Landtagswahlen, bei denen die bisher beherrschende Partei des Landes, die Bayerische Volkspartei mit 919,587 Stimmen gegen insgesamt 1,642,310 anderen Stimmen steht, also etwas mehr als ein Drittel des Landes für sich gewann.

Eine weit wichtigere Entscheidung ist am letzten Sonntag, 4. Mai, in der deutschen Reichstagswahl gefallen. Der Ausgang ist uns im Augenblick, da wir diese Zeilen schreiben, noch nicht bekannt. Wir haben aber in der letzten Couriernummer und in früheren Artikeln schon unsere Ansicht über die ungeheuer große Bedeutung dieser Wahl gesagt und werden, wenn uns die genauen Ergebnisse vorliegen, noch einmal darauf zurückkommen. Der Wahlkampf der letzten Tage wurde mit einer leidenschaftlichen Heftigkeit ohnegleichen geführt. Während die Kassen der meisten der 27 Parteien, die Kandidaten aufgestellt haben, leer sind, scheinen die Kommunisten über einen großen Wahlfonds zu verfügen. Reichskanzler Marx hat sich nach dem besetzten deutschen Gebiet begeben, um dort Wahlreden zu halten, trotzdem die Franzosen gedroht haben, jeden Minister der Reichsregierung und der Bundesstaaten, ohne Ausnahme, der in dem Okkupationsgebiet eine Wahltätigkeit entwickeln würde, zu verhaften. Der Reichskanzler stützt sich auf die Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission, in der deutsche Wahlredner versichert wurden, daß man sie weder im Rheinland noch an der Ruhr belästigen werde. Die Franzosen haben sich aber dadurch nicht abhalten lassen, den braunschweigischen Minister Roenneberg in Gelsenkirchen zu verhaften und nach dem unbesetzten Deutschland zurückzutransportieren. In Düsseldorf sprach Reichskanzler Marx vor 4000 Personen. Er befürwortete entschieden das Gutmachungsprogramm, welches die Sachverständigen, die kürzlich die Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands untersuchten, in ihren Berichten dargelegt haben. Der Kanzler erklärte, die Erfüllung des Programms würde das beste Verfahren für Ausgleichung der Lage zwischen Frankreich und Deutschland sein. Seine Rede war durchaus in versöhnlichem Tone gehalten, obwohl Dr. Marx betonte, Deutschland setze voraus, daß eine Wiederherstellung der deutschen Oberhoheitsrechte im ganzen besetzten Gebiet das erste Erfordernis für Ausführung des Experten-Planes sei. Im weiteren Verlaufe seiner Ansprache gab er klar zu verstehen, daß er als Kandidat der Zentrumspartei in der kommenden Wahl und nicht als Reichskanzler spreche. Er verurteilte die Haltung der extremen Nationalisten und sprach die Hoffnung aus, das deutsche Volk werde nicht so töricht sein, sein Schicksal in die Hände einer Gruppe zu legen, welche das Land zu einer Politik der Tollheit führen wolle. Ihre „fanatische Propaganda" sei ein Verbrechen gegen das deutsche Volk. „Ich habe beobachtet," sagte der Kanzler, „daß, je mehr man sich den besetzten Gebieten nähert, desto vernünftiger beurteilt die Bevölkerung die Lage und desto weniger ist sie für die nationalistischen Ideen empfänglich. Ich würde gerne einige Regimenter der Okkupationsarmee auf Posten in Bayern sehen, nur um die Wirkung zu beobachten, welche dies auf die Schreier von München hervorrufen würde, die einen großen Lärm machen, weil sie sich so weit entfernt und vor Gefahr geschützt fühlen." Dr. Marx erklärte, Deutschland habe nicht die Absicht, um Eintritt in die Völkerliga, wie sie jetzt zusammengesetzt ist, sich zu bemühen. Sobald die Liga aufhört, „besonderen Interessen gewisser Mächte zu dienen", und sich zu einer Organisation gestaltet, in welcher alle Nationen mit absoluter Gleichberechtigung behandelt werden, würde Deutschland sich um Mitgliedschaft bewerben. Die Reparationsfrage spielte die Hauptrolle in den letzten Tagen des Wahlkampfes. Das geht auch aus einem Aufruf der Reichsregierung an die deutsche Bevölkerung hervor, worin diese vor einem Widerstand gegen die Annahme des Dawes-Berichts gewarnt und erklärt wird, daß dessen Zurückweisung möglicherweise eine Krise herbeiführen könnte, die Deutschland in einen Krieg gegen die ganze Welt verwickeln würde. Wenn die Extremisten, die die Annahme bekämpfen, durchdringen sollten, würden die Feinde Deutschlands diesem viel schwerere Bedingungen auferlegen, als sie der Bericht vorsehe.

Am schärfsten wurde der Kampf zwischen den beiden radikalen Parteien, den Deutschvölkischen auf der äußersten Rechten und den Kommunisten auf der äußersten Linken, geführt. In Schöneberg, einem der westlichen Vororte der Reichshauptstadt, kam es zu blutigen Krawallen. Erst nach dem Eingreifen der Schupo konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Zusammenstöße zwischen Links- und Rechtsradikalen in Breslau entwickelten sich bedeutend ernster. Hier kam es zu einem regelrechten Straßenkampf, Polizei mußte anrücken und blank ziehen. Sie ging gegen beide Parteien vor; viele Personen wurden durch Säbelhiebe verletzt. Auch in Bremen, einer der kommunistischen Hochburgen der Revolutionszeit, kam es zu Tumulten. In Halle, dem Sitze des Kommunisten-„Königs" Koenen, ergriffen die Linksradikalen einen Deutschvölkischen, schlugen ihn nahezu tot und warfen das Opfer vor einen Straßenbahnwagen. In Leipzig ereigneten sich ähnliche Vorfälle.

Ein schwerer Schlag für die Kommunisten ist die Entdeckung eines geheimen Ueberwachungsdienstes, der nach dem Muster der russischen Tscheka organisiert ist und dessen Mitglieder bewaffnet sind. Das Hauptquartier befindet sich in Stuttgart. Von dort wurde die Drohung ausgegeben, daß alle Kommunisten, die den Parteieid verletzen oder Feigheit an den Tag legen sollten, ermordet würden. Bisher wurden sieben Mitglieder dieser Tscheka verhaftet, darunter der Setzer Fehr Neumann, der angeblich der Leiter des Geheimdienstes sein soll. Es konnte auch der Hauptplan der Tscheka aufgedeckt werden, nach dem nichts Geringeres beabsichtigt war, als den Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, zu ermorden. Die Vorbereitungen zu dem Attentat waren in allen Einzelheiten genau ausgearbeitet worden. Nach dem vorgefundenen Plane sollte der General in seinem Bureau erschossen werden. Nach vollführtem Attentat sollten die Mörder einen Zettel auf den Tisch legen, der folgende Worte enthielt: „Die Rache der Revolution. Der Bund der Roten Katzen." Die Tscheka arbeitete zweifellos im Auftrage der Parteileitung. Es wurden viele Dokumente gefunden, die diese aufs schwerste belasten, außerdem aber klar beweisen, daß die Drahtzieher in Moskau saßen. So entdeckte man einen von Lenin ausgearbeiteten Plan, nach dem der Kampf der Kommunisten durch unorganisierte Kleintrupps geführt werden sollte. Die folgenden drei Hauptziele wurden verfolgt: Einmal sollten die Führer der Polizei und der Reichswehr ermordet, dann sollten die führenden Wirtschafts- und Geschäftsmänner umgebracht, schließlich sollten die Geldquellen beschlagnahmt werden.

Was Deutschland von der italienischen Faschisten-Regierung Mussolinis zu erwarten hat, geht daraus hervor, daß eine Abteilung italienischer Beamter in Dortmund angekommen ist, um die Verwaltung der deutschen Kohlenfelder im nördlichen Ruhrgebiet zu übernehmen. Die italienischen Faschisten helfen also dem Franzosen Poincare bei seiner Ausbeutung deutschen Landes.

Ungarn

Die Anhänger der Habsburger fehlten bei dem Gehör des Völkerbundes über den Wiederaufbauplan für Ungarn. Führer aller politischen Parteien waren eingeladen, sich vor der Ligakommission einzufinden. Graf Andrassy und die extreme nationalistische Gruppe lehnten ab. Die Liberalen und Sozialdemokraten sandten jedoch Vertreter, um ihre Forderungen darzulegen. Geheimes Wahlrecht, Erweiterung des Stimmrechts und sonstige Wünsche aus ihren Programmen gehören dazu.

Die Regierung hat die Herausgabe fast aller Zeitungen verboten, auf den Grund hin, daß die Presse absichtlich entstellte Nachrichten verbreitet hat. Nur eine Morgen- und eine Abend-Ausgabe erscheinen noch. Die Anordnung der Regierung ist die Folge eines Drucker-Streiks, den die Behörden auf politische Ursachen und nicht auf Lohnstreitigkeiten zurückführen.

In Budapest ist man in vielen Familien lebhaft beunruhigt über das spurlose Verschwinden zahlreicher Personen. Trotz der lebhaftesten Nachforschungen der Polizei und der betroffenen Familien ist es bei den letzten Fällen nicht gelungen, festzustellen, wohin die Verschollenen geraten sind. Während der letzten zwei Jahr sind gegen achtzig Personen in Budapest einfach von der Bildfläche verschwunden. Während man von dem größten Teil keine Spur mehr gefunden hat, sind einige von den Verschollenen als Leichen am Donauufer, meist mit furchtbaren Verstümmelungen angeschwemmt worden.

Rumänien

Die rumänisch-ungarischen wirtschaftlichen Unterhandlungen sind mit der Unterfertigung von zwölf Vereinbarungen beendet worden. Darunter befindet sich ein Handelsvertrag, in dem beiden Ländern im gegenseitgen Verkehr die Stellung der meistbegünstigten Nationen eingeräumt wird. Unter anderem verpflichtet sich Ungarn den Rumänen eine Anzahl von Lokomotiven, die aus der Kriegszeit aus rumänischem Gebiet nach Ungarn gebracht wurden, zurückzustellen oder deren Wert von 640,000 Goldlei zu vergüten.

Rußland

Rumäniens kürzlich berichteter Ankauf von 400 Flugzeugen und anderem Material in Frankreich hat General Frunze, den Assistenz-Kriegskommissär, zu einem Aufruf an die russischen Arbeiter veranlaßt, in welchem dieselben aufgefordet werden, sich auf irgend einen möglichen Angriff auf Moskau vorzubereiten. In einer Ansprache an Arbeiter im Moskauer Distrikt sagte er, die rote Armee müsse nicht nur im Geist, sondern auch in technischer Ausstattung so stark sein, daß sie einen Angriff von irgend welcher Seite zurückweisen könne.

Der Verkehr mit Sowjetgeld, der ursprünglich am 10. April hätte eingestellt werden sollen und bis auf weiteres verlängert wurde, ist jetzt vom Rat der Volkskommissare bis zum 10. Mai zugelassen worden und in allen Kassen des Volkskommissariates für Finanzen und der Staatsbank wird das Sowjetgeld bis zum 31. Mai angenommen werden. Es handelt sich hierbei nur um die Sowjetrubel der Ausgabe des Jahres 1923. Alle früheren Ausgaben von Sowjetrubeln sind bereits eingezogen und ungültig erklärt worden. Nach dem 10. Mai wird in den Vereinigten Sowjetrepubliken nur noch der Tscherwonetz die gesetzlich anerkannte Währungseinheit im allgemeinen Verkehr sein. Der Kurs des Tscherwonetz war im April bedeutenden Schwankungen unterworfen und bewegte sich in der Nähe von 7 Goldrubel.

Die Nachrichten aus dem Amudarjagebiet in Russisch-Turkestan, wo die Pest ausgebrochen ist, lauten beunruhigend. Die Epidemie breitet sich rasch aus und in einem Bezirk sind mehr als hundert Fälle angemeldet.

Frankreich

Auch Frankreich hat seinen Wahlkampf. Zwei von den vierzehn politischen Parteien Frankreichs haben sich mit einem Vorschlag an die Wählerschaft hervorgewagt, eine gute Diktatur als die beste Lösung der Probleme der jetzigen Zeit zu empfehlen. Die eine hat den Herzog von Orleans, den französischen Kronprätendenten als den geeigneten Mussolini für Frankreich erlesen, während die andere Partei die Meinung vertritt, Moskau könne den rechten Mann nennen. Aber weder die Royalisten noch die Kommunisten können auf eine starke Vertretung in der Deputiertenkammer rechnen, die am 11. Mai erwählt werden wird. Das Manifest des französischen Royalisten-Verbandes, „L'Action Francaise", erklärt, das Beispiel Italiens mache offenkundig, was ein wirklicher Führer zu tun vermöge und was ein Parlament nicht vermöge. „Wir ersuchen euch, dem Parlament zu verstehen zu geben, daß wir einen Führer brauchen. Dieser Führer sollte der ererbte Führer sein und demgemäß der legitime Erbe der vierzig Könige, die Frankreich geschaffen haben."

Die Kommunisten verlangen, daß das arbeitende Volk gehörig bewaffnet werde als Ersatz für das gegenwärtige Heer. Auf solche Weise würde ihre Diktatur sich Haltung zu verschaffen vermögen und das folgende Programm ausführen können: Tilgung der öffentlichen Schuld durch Einziehung der großen Vermögen. Sozialisierung der Banken, Bergwerke, Eisenbahnen, Industrien und Versicherungsanstalten; Requirierung der Wohnhäuser zum Besten des Proletariats; Schaffung einer Arbeiter- und Bauernmiliz; Errichtung eines Tribunals zur Prozessierung der für den Krieg und seine Fortdauer verantwortlichen Personen, sowie der militärischen Befehlshaber und Schieber; Aufhebung des Vertrags von Versailles; Abschluß eines neuen Friedens ohne Kriegsentschädigungen oder Annektierungen; Zusammenstellung von Gutmachungen und Kriegsschulden und Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa anstelle der Völkerliga mit einem Bündnis mit den Soviets von Rußland. Zusammenstellung von Gutmachungen und Kriegsschulden und Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa anstelle der Völkerliga mit einem Bündnis mit den Soviets von Rußland.

Prinz Joachim Murat, Mitglied der Deputiertenkammer, ein Abkomme des Königs von Neapel, Joachim Murat, wurde bei einer Wahlversammlung in Souillac von Radaubrüdern blutrünstig geschlagen und von der Rednertribüne heruntergeworfen. Trotz mehrfacher Wunden im Gesicht und am Körper behielt er seine Fassung.

Jene, die da glauben, daß die kommenden Wahlen eine radikale Aenderung Frankreichs und eine Partei an das Ruder bringen werden, die die Reparationen Frage schlichten werden, werden eine bittere Enttäuschung erleben. Personen, die glauben, daß Poincare von dem französischen Volke beiseite gesetzt werden wird, wegen seiner in den Ruhr- und Rhein-Distrikten geübten Politik, hegen einen Gedanken, der aus einem Wunsche geboren ist. Außerhalb der großen Städte werden die Sozialisten wenig Sitze für das Parlament gewinnen. In Paris selbst werden sie mit dem nationalistischen Block gleich stehen, und in Städten wie Marseilles, Le Havre, Brest und Lyon werden sie wohl eine Mehrheit der Stimmen bekommen. Die französischen Städte spielen bei den Wahlen nicht die Rolle, wie die Städte in den Vereinigten Staaten. In Frankrich geben die Landdistrikte den Ausschlag. Und da die Landbewohner niedrige Steuern bezahlen, so kostet ihnen diese Ehre wenig.

England.

Bei der Vorlage des Budgets empfahl Schatzkanzler Snowden im Unterhause die Aufhebung der unter McKenna eingeführten Zölle. Der Schatzkanzler machte bekannt, daß im letzten Rechnungsjahr, das am 31. März d. J. endete, ein Ueberschuß von 48,290,000 Pfund Sterling erzielt wurde, wovon 40 Millionen dem Tilgungsfonds überwiesen worden sind. Unter dem Ueberschuß befinden sich Ersparnisse in den Regierungsämtern im Betrage von $27,750,000 Pfund Sterling. Im letzten Rechnungsjahr wurde die schwebende öffentliche Schuld Großbritanniens um 35,500,000 Pfund Sterling reduziert, und zwar von 810,000,000 auf 774,500,000 Pfund Sterling. In dem Budget ist die Reduzierung der Steuern auf gewisse Nahrungsmittel, sowie auf Vergnügungen vorgesehen. Schatzkanzler Snowden erklärte, daß die Regierung keine besondere Klasse der Bevölkerung begünstige, was auch daraus hervorgehe, daß die Regierung die Abschaffung der Steuern auf den Profit der Korporationen empfehle. Die vorgeschlagene Erniedrigung der Steuern beläuft sich nach Schätzung Snowdens auf mehr als 34 Millionen Pfund jährlich, so daß von dem auf Grund der jetzigen Steuerraten ausgerechneten Ueberschuß der Regierungseinnahmen von 58 Millionen Pfund bei Annahme des Reduktionsprogrammes nur 4 Millionen Pfund übrig bleiben würden. Von der Regierung wird in dem Budgetvoranschlag die Reduzierung der Steuern auf Tee, Zucker, Kaffee, getrocknete Früchte, Hausmiete und Eintrittskarten zu Vergnügungsplätzen empfohlen.